

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

vom 12. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 13. Februar 2025)

zum Thema:

Nicht mehr auffindbare Asylbewerber 2024

und **Antwort** vom 25. Februar 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. Februar 2025)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/21641
vom 12.02.2025
über Nicht mehr auffindbare Asylbewerber 2024

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Asylbewerber sind im 2024 in Berlin dem Land Berlin zugewiesen worden?

Zu 1.: Im Jahr 2024 erhielten 10.400 Asylbegehrende eine Verteilentscheidung für Berlin, das entspricht gemäß EASY-Verteilschlüssel einer Quote von 5,21 %.

2. Wie viele der Asylbewerber aus Frage 1 haben ihren Platz in einer Erstaufnahmeeinrichtung im Land Berlin erstmalig tatsächlich bezogen?

Zu 2.: Asylbegehrende sind gemäß § 44 AsylG verpflichtet, zunächst in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen, entsprechend ist die Unterbringungsquote aller Ankommenden mit Berlinverteilung nahezu 100 %. Eine weitere statistische Erfassung erfolgt im Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) nicht.

3. Wie viele Asylbewerber haben „illegal“ bzw. „auf eigene Faust“ ihren Platz aus Frage 2 dauerhaft nach „unbekannt“ verlassen (und sind nicht in einer anderen Gemeinschaftsunterkunft in Berlin untergebracht)?

Zu 3.: Dem Senat liegt hierzu keine statistische Erfassung vor.

4. Wie viele Strafverfahren gegen wie viele Personen wegen welcher Tatbestände wurden in Berlin in 2024 eingeleitet oder werden in Berlin derzeit geführt, weil von den Beschuldigten mehr als ein Asylantrag gestellt worden ist?

Zu 4.: Dem Senat liegt hierzu keine statistische Erfassung vor.

Berlin, den 25. Februar 2025

In Vertretung

Aziz Bozkurt

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung